

(Antragstellerin/Antragsteller)

.....

.....

.....

(Bewilligungsbehörde)

.....

.....

.....

(Ort / Datum)

Telefon / Telefax:

Auskunft erteilt:

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Lärminderungsplanung gemäß § 47 a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BlmSchG)

1. Antragstellerin / Antragsteller	
Name/Bezeichnung	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)
Gemeindekennziffer:	
Bankverbindung:	Konto-Nr.
	Bankleitzahl Bezeichnung des Kreditinstituts
Landesplanerische Kennzeichnung:	

2. Maßnahme	
Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich	Lärminderungsplanung gemäß § 47 a BlmSchG
Durchführungs- zeitraum:	von / bis

...

3. Gesamtkosten

Laut beil. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung/€	
Beantragte Zuwendung/€	

4. Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20	20	20 und folg.
	In 1000 €		
1	2	3	4
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)			
4.2 Eigenanteil			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)			
4.4 Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.5) durch			
4.5 Beantragte Zuwendung (Nr. 3/5)			

5. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich	Zuweisung / €	Darlehen / €	Schuldendienst-hilfen / €	v. H. d. Gesamtkosten
1	2	3	4	5
Lärminderungsplanung gemäß § 47 a BlmSchG				
Summe				

6. Begründung

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.)

8. Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass

- 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- 8.2 sie/er zum Vorsteuerabzug
 - nicht berechtigt ist,
 - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 4.1) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)
- 8.3 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
- 8.4 die Einstellung von Personal für die Aufstellung von Lärmminderungsplänen mit dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept im Einklang steht. Eine entsprechende Bestätigung meiner zuständigen Aufsichtsbehörde ist beigefügt.

9. Anlagen

- ausführliche Projektbeschreibung (Untersuchungsgebiet, Lage der wesentlichen Geräuschquellen, Methodik),
- Kostenberechnung,
- ggf. Beschluss des zuständigen Gremiums der Stadt,
- ggf. der Kostenkalkulation zu Grunde gelegte Angebote von Gutachtern.

(Antragstellerin/Antragsteller/
Name/Bezeichnung)

Im Auftrag

.....
Ort/Datum

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)